

# Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

SECHZEHNTES JAHR  
OKTOBER 1965

10

OSSIP K. FLECHTHEIM

## Grundlagen der friedlichen Koexistenz

### I

Trotz allen Modifikationen kann man wohl auch heute noch die im kommunistischen Bereich vorherrschende Betrachtungsweise etwas überspitzt als „dualistisch“ oder „monistisch“ bezeichnen — dualistisch insofern es um den Gegensatz von „Sozialismus“ und „Kapitalismus“ geht, monistisch, insofern die Produktionsweise der allein entscheidende Faktor sein soll. Der These von den zwei Welten oder zwei Reichen möchte ich als „Pluralist“ die des Dritten Weges entgegenstellen, eines Weges, der zu einer Synthese von westlichem Kapitalismus und östlichem Kommunismus führen soll. Als Pluralist kann ich aber auch nicht an die ständige und dauernde Präponderanz eines einzigen Faktors, wie etwa der Produktionsweise, im sozio-kulturellen Geschehen glauben; vielmehr stoße ich immer wieder auf das Mit- und Gegeneinander vieler Elemente und Momente. Schließlich suche ich auch eine dritte „futurologische“ Position zu entwickeln, die den Gegensatz von Ideologie und Utopie überwinden könnte.

Ein solcher Standpunkt ist nicht identisch mit der offiziellen Position des kapitalistischen Westens — die Frage, inwieweit es hier überhaupt einen einheitlichen Standpunkt gibt, lasse ich offen. Solche Auffassungen werden vielmehr gerade auch im Westen von vielen als häretisch oder oppositionell empfunden. Als Anhänger des Dritten Weges muß man nun einmal gewärtig sein, als „Wanderer zwischen den Welten“ von der offiziellen Meinung im Westen wie im Osten abgelehnt zu werden. Wir sogenannten „Linksintellektuellen“ müssen uns hiermit abfinden und, wie man etwas bitter sagen kann, schon dankbar dafür sein, daß man den Außenseiter heute wenigstens nicht mehr als Ketzer verbrennt.

### II

Im kommunistischen Lager charakterisiert man heute in der Regel das Verhältnis zwischen dem sogenannten sozialistischen und dem sogenannten kapitalistischen Lager mit dem Begriff der friedlichen Koexistenz. Man hebt dabei hervor, daß es nur zwischen Ländern mit unterschiedlicher und gegensätzlicher Wirtschaftsverfassung eine

friedliche Koexistenz geben könne. Insbesondere könne und solle man von friedlicher Koexistenz nur zwischen Staaten, in denen das Privateigentum an Produktionsmitteln herrscht, und solchen, die dieses Prinzip abgeschafft haben, sprechen. Zwischen Staaten, die dieselbe Wirtschaftsordnung haben, herrsche dagegen nicht friedliche Koexistenz, sondern Friede.

Diese Auffassung scheint mir zu einseitig zu sein, Sie ist ebenso fragwürdig wie die Gegenthese, die häufig im Westen vertreten wird, wonach der Gegensatz zwischen den sogenannten kommunistischen und den sogenannten demokratischen Ländern nichts mit der Wirtschaftsverfassung zu tun habe, sondern vielmehr in erster Linie ein politisch-verfassungsrechtlicher Gegensatz sei. Dieser Konflikt, der als „die tatsächliche Achse der Weltpolitik von heute“ charakterisiert worden ist, impliziere, um einen Berliner Kollegen zu zitieren, noch heute den unverminderten Gegensatz „totalitärer und pluralistisch politischer Ordnung“, die „Bipolarität einer politischen Ordnung demokratisch-rechtsstaatlichen Typs“ und eines „ideologischen Einparteieregimes“, das aus der angeblichen Überlegenheit seines Wirtschaftssystems „seine eigene Diktatur oder analoge Diktaturen auszudehnen“ suche.

Beide Theorien — sowohl die von der überragenden Bedeutung des Gegensatzes der Produktionsweisen wie auch die von dem singulären Gewicht der Staatsverfassung - erscheinen zumindest antiquiert. Selbst wenn sie jemals annähernd korrekt waren, so sind sie es schon längst nicht mehr. Hierfür nur einige wenige Beispiele:

Der Gegensatz zwischen der Sowjetunion der Epoche der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) und dem England, Frankreich oder Amerika der zwanziger Jahre war unvergleichlich viel schärfer als der Antagonismus zwischen Rußland und diesen Mächten in der Zeit von 1941 bis 1945, als sie sogar miteinander gegen Hitler-Deutschland verbündet waren. Und dabei war doch fraglos die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln in der Sowjetunion in den zwanziger Jahren unvergleichlich viel weniger fortgeschritten als in den vierziger Jahren. Und wenn wir heute das sogenannte sozialistische Lager betrachten, so sehen wir, daß paradoxerweise zum Beispiel Rumänien, das in der Kollektivierung der Landwirtschaft, d. h. aber in der Abschaffung des Privateigentums, weitergegangen ist als Polen, heute bessere Beziehungen zu Westdeutschland hat als Polen. Zudem hat sich das Wirtschaftssystem Rumäniens innerhalb einiger Monate überhaupt nicht geändert, während sich in diesem kurzen Zeitraum die politischen Beziehungen zur Bundesrepublik (oder zu Frankreich) erheblich verändern.

Man kann auch kaum ernstlich behaupten, daß die Länder im Westen, die das Privateigentum an Produktionsmitteln am stärksten eingeschränkt haben, schon deshalb immer die besten Beziehungen zu den Ländern haben müßten, die das Privateigentum ganz abgeschafft haben. So ist doch zweifellos, um nur ein Beispiel herauszugreifen, Israel weniger kapitalistisch als etwa Japan - sind aber darum Israels Beziehungen zur Sowjetunion besser als die Japans?

Das gute Verhältnis zwischen Polen und Österreich, die enge Zusammenarbeit der Sowjetunion mit der Türkei in den zwanziger Jahren oder mit Finnland und Indien heute ist doch sicherlich nicht in erster Linie von der Wirtschaftsverfassung Österreichs, Finnlands oder Indiens einerseits, der der Sowjetunion andererseits abhängig. Umgekehrt beruht die Feindschaft zwischen der DDR und der Bundesrepublik wohl u. a. auch auf der unterschiedlichen Wirtschaftsordnung der beiden Staaten; die Schärfe des Gegensatzes bleibt jedoch unerklärlich, zieht man nicht ihre spezifische Position als Nachfolger eines bis 1945 einheitlichen Staates und Volkes in Betracht. Schließlich dürfte sich das rumänische Wirtschaftssystem kaum von dem der DDR unterscheiden — die Beziehungen zwischen Rumänien und Westdeutschland sind aber dennoch unvergleichlich viel besser als die zwischen den beiden deutschen Teilstaaten. Und wie verträgt sich die hier kritisierte These mit der Tatsache, daß der schärfste Gegensatz, der zu einem Kampf auf Leben und Tod geführt hat, während des zweiten Weltkrieges zwischen dem Dritten Reich, Italien, Japan usw. einerseits und England, Frankreich, den USA, der Sowjetunion andererseits festzustellen war? Natürlich ging es dabei nicht um den Gegensatz zwischen Staaten mit Privateigentum an Produktionsmitteln und solchen ohne ein solches. Zugleich haben wir bereits sehr ernste Konflikte zwischen Staaten erlebt, die alle eine sogenannte sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung haben. Man denke nur an die Auseinandersetzungen zwischen der Sowjetunion nebst

ihren Verbündeten und dem sozialistischen Jugoslawien in den Jahren nach 1948 sowie an die Konflikte heute zwischen China und Albanien einerseits, der Sowjetunion, Polen usw. andererseits.

Es wäre töricht behaupten zu wollen, daß der Unterschied zwischen einer überwiegend oder rein kollektivistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und einer überwiegend kapitalistischen Wirtschaftsordnung (eine rein kapitalistische Wirtschaftsordnung gibt es heute wohl kaum noch!) nicht von welthistorischer Bedeutung sein mag. Aber es ist doch nur *ein* Faktor neben anderen Faktoren, die immer wieder die wechselnde Bedeutung jenes Faktors überspielen können und in der Tat überspielt haben. Für das Verhältnis verschiedener Staaten und Mächte waren in der Geschichte sehr verschiedenartige Momente ausschlaggebend: Neben der Wirtschaftsordnung die politische Verfassung und die Sozialverfassung, die Kultur im weitesten Sinne des Wortes, das ökonomische Gefälle (heute etwa der Unterschied zwischen reichen industrialisierten Staaten und armen unterentwickelten Ländern), vor allem aber auch geographisch-strategische und andere machtpolitische Elemente.

Und daran hat sich im Prinzip wenig geändert. So ergab sich der Antagonismus zwischen SU und USA nach 1945 auch daraus, daß eine stark agrare, typische Landmacht und eine hochindustrielle, ausgesprochene Seemacht aufeinanderprallten. Nun haben primitivere Landmächte oft territoriale Annexionen unter Anwendung roher Gewalt erzwungen, während sich hochentwickelte Seemächte auf die Beherrschung der Zufahrtsstraßen und Flottenstützpunkte beschränkten und so indirekten Einfluß ausüben konnten. Weder die USA noch England haben allerdings je darauf verzichtet, gelegentlich auch ausgesprochen despotisch-tyrannische Regime im eigenen Interessengebiet — etwa in Lateinamerika oder in Asien — zu stützen.

Für das beachtliche Gewicht des Faktors „Macht“ in allen internationalen Beziehungen spricht auch der Umstand, daß sich insbesondere seit Kuba der Gegensatz der beiden „Superpowers“ über Nacht abgeschwächt hat, während sich die Produktionsweisen der beiden, innerhalb dieser so kurzen Zeitspanne kaum verändert haben. Die Erscheinungsform der Beziehung USA—UdSSR ist also viel mehr abhängig von ihrem Monopolbesitz an Kernwaffen und der hieraus resultierenden besonderen Macht und Gefährdung: Beide Atommächte fühlen sich wie die bekannten Skorpione im Wasserglas. Hinzu tritt jedoch auch die wachsende Bedrohung dieser mehr oder weniger saturierten Weltmächte durch die „dynamischen“, „neuen“ Länder im eigenen Lager (Frankreich! China!) oder auch durch Staaten in der Dritten Welt. Gleichzeitig mit der Verschärfung des Bruderkrieges im Ostblock (und der Differenzierung der Mächte im Westen!) entdeckten nun Russen wie Amerikaner, Franzosen und Chinesen plötzlich zu ihrer eigenen Überraschung, daß sie doch trotz aller angeblichen ideologischen Todfeindschaft und Gegensätzlichkeit der Wirtschafts- und Sozialordnung vieles einte. Die aus der Auflockerung der Blöcke resultierende größere Manövrierfähigkeit einzelner Staaten macht es ihnen auch leichter, neue Querverbindungen zwischen den beiden Welten herzustellen. Länder wie Schweden oder England, Polen oder Jugoslawien gehen hier voran. Nicht zufällig sind gerade das Polen *Gomulkas* (und *Wyszynskis!*) und das Jugoslawien *Titos*- schon lange stärker an intensiven Kontakten mit dem Westen interessiert — wie etwa umgekehrt auch Staaten wie Frankreich und Österreich ihre Handels- und Kulturbeziehungen mit Polen oder Jugoslawien ausweiten.

### III

Aus dem Vorhergehenden ergibt sich wohl schon, daß man auch nicht, wie das immer noch geschieht, schlechthin von einer *Verschärfung* des ideologischen Kampfes zwischen dem sogenannten kapitalistischen und dem sogenannten sozialistischen Lager sprechen kann. Auch derjenige, der die bei uns so beliebte These vom Ende der Ideologien für

eine unzulässige Vereinfachung hält, braucht noch keineswegs zu schließen, daß es nur zwei Hauptideologien gibt, die sich immer schärfer gegeneinander absetzen werden. Bevor wir aber die Hypothese von der „Entideologisierung“ eingehender kritisieren, sei zunächst betont, wie vieldeutig der Begriff der Ideologie ist:

1. Man kann zunächst sehr wohl ganz allgemein von Ideologie im Sinne von Weltanschauung, Weltbild oder Philosophie sprechen. Ich bekenne mich „schuldig“, den Begriff selber häufig so gebraucht zu haben.

2. Jeder Marxist weiß natürlich, daß *Marx* den Begriff „Ideologie“ in einem viel spezifischeren und kritischeren Sinne gebraucht hat. *Ernst Fischer* hat uns gerade jetzt wieder daran erinnert, daß für *Marx* Ideologie — im Gegensatz zur Theorie — „falsches“ oder „verkehrtes Bewußtsein“ ist, ein Weltbild, das inadäquat ist, da es nur oder vor allem die antiquierten Interessen einer herrschenden Klasse widerspiegelt. Ideologie heißt hier also verfälschtes, erstarrtes, institutionalisiertes Denken.

3. Schließlich hat *Karl Mannheim* in der „Ideologie“ den Gegenbegriff zur „Utopie“ sehen wollen. Typisch für die Ideologie ist nach ihm die Rechtfertigung der bestehenden Gesellschaftsordnung, während die Utopie die Verwerfung und Überwindung des Status quo impliziert. Gegen eine allzu rasche Versöhnung mit der schlechten Welt revoltiert das utopische Verhalten und Denken — dem unzulänglichen Heute stellt es meist ein ideales Morgen gegenüber. (In Parenthese sei hier vermerkt, daß in dem Maße, wie sich die Krise unserer Kultur vertieft hat, nun allerdings in den letzten Jahrzehnten die „klassische“ Utopie der Menschlichkeit, die im wesentlichen optimistisch war, ihr Gegenstück gefunden hat in einer neuen Darstellungsweise, die die Zukunft ausgesprochen pessimistisch malt und die ich als „Gegenutopie“ der Macht bezeichnet habe. Stand am Beginn der Moderne *Thomas Morus'* „Utopia“, so repräsentiert nun — am Ende dieses Weltalters? — *George Orwell* in seinem Roman „1984“ vielleicht am erschütterndsten und deutlichsten die neue Form der Konterutopie).

Die sogenannte „Entideologisierung“, die heute so oft begrüßt wird, erscheint nun vielen als die einzig mögliche Antwort auf alle früheren Denkwürfe und Weltbilder, d. h. also auch als Überwindung von Ideologie, Utopie und Gegenutopie. Bei näherem Zusehen erweist sich allerdings im Westen diese „Entideologisierung“ letztlich als eine Rückkehr zur ursprünglichen *Ideologie*. Wenn auch hier und da antiquierte Leerformeln eliminiert werden, so treten allzuoft nur noch ältere Leerformeln an ihre Stelle. Die bescheidene Versachlichung und Ernüchterung, die man insbesondere 1945 in Deutschland nach dem Bankrott der Begeisterung nur begrüßen konnte, wird von einer Renaissance neuer — und zum Teil gar nicht so neuer! — konservativer, restaurativer und reaktionärer Denkschablonen, Tabus und Komplexe überdeckt.

Die sogenannte Entideologisierung bedeutet somit vor allem Anpassung an die Ideale und Ideen, Vorurteile und Gewohnheiten der tonangebenden Schichten der heutigen Gesellschaft und ihrer etablierten Institutionen — nicht an die Erwartungen und Hoffnungen, Forderungen und Möglichkeiten neuer, in die Zukunft weisender Kräfte. Der Status quo einer sozial- und rüstungskapitalistischen Massen- und Klassendemokratie erscheint als so „natürlich“ und „ewig“, daß er einer systematisch-fundierten, umfassenden und gründlichen Rechtfertigung und Erklärung — von Kritik ganz zu schweigen — gar nicht mehr bedarf. Der im Sinne von *Mannheim* durchaus *ideologische* Charakter dieser „neuen“ Haltung dringt nur darum nicht mehr ins Bewußtsein, da er von allen als selbstverständlich akzeptiert wird.

An die Stelle des alten starren Systemdenkens tritt ein impressionistisches Überflächensbewußtsein, das gar nicht versucht, die Grundstrukturen der Realität zu erken-

nen und zu meistern. Es werden nur noch Einzelfragen aufgeworfen und von Fall zu Fall pragmatisch-opportunistisch gelöst — alle darüber hinausgehende Problematik wird total verdrängt. Auch die jüngste „antiideologische“ Haltung ist also ein Ausdruck einer „Philosophie“ der Anpassung an eine von der Vergangenheit beherrschte Gegenwart und einer Kapitulation vor der „Ideologie“ des Bestehenden, selbst wenn wir es bei dieser „Philosophie“ nicht mehr mit einem Gewand aus einem Schnitt, sondern nur noch mit Gedankenketten, die das Skelett nur dürftig verhüllen, zu tun haben. Hatte schon *Oswald Spengler* den Niedergang der großen politischen und sozialen Ideen und Ideale, Programme und Konzeptionen prophezeit, so behaupten die Verteidiger des Status quo heute im Westen, qualitative Sprünge und Neuerungen seien utopische Illusionen. Das sogenannte „Ende der Ideologie“ ist also im wesentlichen identisch mit dem Verschwinden zukunftsorientierter Haltungen und Überzeugungen. Es impliziert das, was man mit den Schlagworten „Konsumdenken“, „Konsumentendemokratie“, „Wohlfahrtsstaat“ oder auch „Amerikanisierung“ und „Zivilisation“ in den Griff zu bekommen sucht.

Aus dem eben Gesagten folgt, daß hier im Anschluß an *Karl Mannheim* unter Ideologie ein antiquiertes, vergangenheitsbezogenes Weltbild verstanden wird. Ideologisch in diesem Sinne wären also diejenigen philosophischen Systeme, die nachzuweisen versuchen, daß die bestehende Weltordnung „die beste aller möglichen Welten“ konstituiert. Ebenso wären aber auch alle politisch-sozialen Richtungen, Lager und „Weltanschauungen“, die das Wirtschafts- und Herrschaftssystem von heute legitimieren, ideologisch. In einer Epoche immer rascheren und umfassenderen gesellschaftlichen Wandels konserviert die „konservative“ Ideologie machtvoller Gruppen und Institutionen, die eine Wirklichkeit zu bewahren suchen, die von diesem Wandel besonders bedroht wird, in Wirklichkeit immer mehr ein Heute, das bereits im Begriff ist, zum Gestern zu werden. Die Ideologie ist daher in unserem Zeitalter nicht nur „konservativ“, sondern sogar „restaurativ“ oder „reaktionär“.

Wenn wir nun von Ideologie in diesem Sinne als für den Westen typisch sprechen, so heißt das aber keineswegs, daß der Westen in toto konservativ oder reaktionär ist. Die Institutionen und Gruppen, die die konservative Ideologie tragen, sind hier zwar außerordentlich stark; man stößt aber immer wieder im Westen auch auf dynamische und fortschrittliche Kräfte, die die Ideologie kritisieren und bekämpfen.

Wie sieht es nun aber im Osten aus? *Koestler* hat den Kommunismus als „Utopia betrayed“ gekennzeichnet — im Gegensatz zum Nationalsozialismus, der für ihn die „Destruction arrayed“ bedeutete. *Orwell* hat dann unter dem Eindruck des stalinistischen Terrors Bolschewismus und Faschismus als Spielarten eines einzigen Totalitarismus gedeutet, der in seiner Gegenutopie „1984“ seine totale und lethale Vollendung finden sollte. Heute spricht vieles dafür, daß der Kommunismus einen *anderen* Weg gehen wird — den dornigen und steinigen Pfad der Überwindung sowohl der Utopie wie der Gegenutopie. Dieser Prozeß ist voller Widersprüche: Zwar werden die in der Gegenutopie verdeutlichten und maximierten Tendenzen des Terrors und der Täuschung, der Bestialisierung und Brutalisierung abgebaut. Zugleich drohen sich aber auch manche positiv-utopischen Elemente des Glaubens an das Gute im Menschen, der Hoffnung auf seinen Sieg, der Liebe zur Menschheit zu verflüchtigen, die eine absolut neue Welt des Schönen, Guten und Wahren begründen sollten. Insofern auch im Osten jene Mächte, die die begrenzten Interessen bestimmter Gruppen oder Schichten verabsolutieren wollen und sich die Zukunft doch nur als ein wohlhabenderes, satteres und größeres Heute vorstellen können, vorherrschen oder erstarken, würde das bedeuten, daß auch im Osten die Ideologie im Vordringen begriffen ist. Ich sage das, ohne zu verkennen, daß andererseits die originäre utopische Zielsetzung einer klassenlosen Gesellschaft, die zur Zeit von *Stalin* weitgehend verschüttet war, jetzt — etwa in dem

neuen Programm der KPdSU — eine überraschende Renaissance zu erleben scheint. Versuche, die Unterschiede im Einkommen, im Vermögen und in der Bildungshöhe zwischen den verschiedenen Gruppen zu reduzieren, weisen in diese Richtung. Solche Bemühungen zeigen, daß auch im Osten die dynamischen Elemente sehr wohl wiedererstarken können, insbesondere wenn man sich dort noch mehr auf die Umgestaltung der eigenen Gesellschaft als auf die Eroberung der Welt konzentriert.

IV

Wir bewegen uns heute in einer Vielzahl von Welten, gleichzeitig in *einer* Welt und in *drei* Welten, um nur ein besonders wichtiges Gegensatzpaar zu erwähnen. Der Astronaut sieht nur noch *eine* Welt, die von Tag zu Tag kleiner wird — der Politiker unterscheidet dagegen häufig drei Welten: die westliche, die östliche und die neutrale. Aber auch innerhalb dieser drei Welten ist eine wachsende Mannigfaltigkeit an Weltanschauungen, Wirtschaftsformen und politischen Interessen festzustellen. Diesen Prozeß hat man im Sinn, wenn man von der zunehmenden Differenzierung im Westen und der wachsenden Bedeutung des Polyzentrismus im Osten spricht. Dabei kommt es zu ausgesprochenen Widersprüchen und Gegensätzen. Die Gesellschaften und Kulturen sowohl des Westens wie auch des Ostens zeigen einerseits, einen starken Zug zur Stabilisierung und Fixierung, ja sogar zur Erstarrung und Verknöcherung. Im Westen wie im Osten sind traditionelle und vergangenheitsbezogene, saturierte und partikularistische Ideologien einflußreich. Zugleich leben aber hier wie dort utopische radikale Tendenzen fort bzw. wieder auf. Allerdings wird die Utopie kaum je im-stände sein, die Ideologie einfach zu eliminieren. Wahrscheinlicher ist eine dialektische Überwindung des ideologischen Elements durch das Utopische, eine Synthese, die die Basis einer neuartigen „futurologischen“ oder, um *Robert Jungk* zu zitieren, „zukunftsbezogenen“ Kultur und Gesellschaft abgeben kann.

Die Eliminierung des Krieges müßte eine Verlagerung des Schwergewichts auf das Kulturelle und Geistige nach sich ziehen. Keineswegs braucht sich darum aber ; der ideologische Konflikt zu verschärfen. Daß sich Länder, die zum Westblock oder zum Ostblock gehören, nunmehr einander zuwenden, scheint auf das Gegenteil hinzudeuten. Während auch im kommunistischen Lager der Abstand und Gegensatz zwischen den Industriestaaten und den unterentwickelten Ländern keineswegs über Nacht verschwinden wird, zeichnet sich zugleich eine wachsende Angleichung der USA und der UdSSR im Niveau und in der Struktur ihrer Gesellschaft und Kultur ab. Diese Anpassung braucht keineswegs zu einer absoluten Identität zu führen. Immerhin haben wir es hier mit einem säkularen Trend zu tun, auf den nicht zufällig gerade die Kulturphilosophen und -Soziologen immer wieder hingewiesen haben. Schon im Mai 1950 hatte aber auch kein Geringerer als der damals 75jährige *Thomas Mann* mit noch heute unheimlich aktuellen und ergreifenden Worten seine amerikanischen Mitbürger beschworen, sich der Ähnlichkeit der beiden Giganten bewußt zu werden.

Am deutlichsten ist diese Übereinstimmung zwischen Amerika und Rußland bereits in der sogenannten Zivilisationssphäre zu spüren — vorhanden ist sie aber auch schon im Kulturbereich, während der eigentlich gesellschaftlich-politische Prozeß nach wie vor die größten Divergenzen aufweist. In Technik und Organisation, in Industrie und Wissenschaft, aber auch im gesamten Zuschnitt des täglichen Lebens — im Alltag wie am Sonntag, bei der Arbeit und bei der Freizeitgestaltung, in der Liebe wie in der Familie — gleichen sich die beiden Kulturen an, wobei hier Rußland weitgehend die gleiche Richtung einschlägt, -die Amerika schon gewiesen hat.

Wenn der Westen und der Osten einander ähnlicher werden, schließt das freilich noch keineswegs die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen aus. Wie jetzt *Gert*

v. Eynern treffend formuliert hat, bedeutet An-Ähnlichkeit noch nicht Annäherung. Solange der Automatismus des Wettrüstens weitergeht und der Friede institutionell wie individuell ungesichert bleibt, werden auch die beiden Übermächte noch lange am Abgrund eines dritten Weltkrieges entlangtaumeln. Andererseits setzt allerdings heute ganz anders als früher die Entfesselung eines totalen Krieges eine radikale psychologische Mobilisierung der Massen voraus: Will man die Ausrottung des Gegners — die ja mit der eigenen Vernichtung identisch sein dürfte! — „plausibel“ machen, so muß er auch total verteufelt werden. Das wird aber um so schwieriger, je ähnlicher man einander wird.

Tagespolitisch betrachtet, zeichnen sich westlicher Kapitalismus wie östlicher Bolschewismus durch erhebliche Stabilität und Funktionsfähigkeit aus. So unzureichend und labil sie in vielfacher Beziehung sind, unmittelbar bedroht von Katastrophen oder Revolutionen sind sie nicht. Der terroristische Stalinismus mit seinen pathologischen Auswüchsen hätte sehr wohl früher oder später das System von innen heraus tödlich getroffen. Der Kommunismus ist aber mit ihnen ebensowenig identisch, wie der Kapitalismus mit den pathologischen Zuständen des Frühkapitalismus gleichzusetzen ist. Jede der beiden Sozialordnungen ist heute stark genug, um nicht einfach überrannt zu werden — insbesondere in der Defensive vermag sie sich zu behaupten. Wie das kapitalistische System in seiner Geschichte ungeheure Krisen überstanden und sich dabei in manchem sozial reformiert hat, so hat auch das kommunistische Regime bereits unglaubliche Erschütterungen überwunden und erhebliche Sozialreformen verwirklicht.

Und doch "zeigt jedes System so viele Schwächen, daß es dem anderen nicht eindeutig überlegen ist. Der Kommunismus hat keine zufriedenstellende Lösung für die Probleme reifer Industrieländer entwickelt. Er zieht im Westen immer wieder Unzufriedene und Glaubenswillige an, stößt aber zugleich die große Mehrheit der Sattierten wie der kritisch Denkenden ab. Ebensowenig vermag aber auch der Westen heute die Masse etwa der Russen — oder gar Chinesen — für das gegenwärtige kapitalistische System zu gewinnen. Ferner geben weder der Kommunismus noch gar der Kapitalismus eine zufriedenstellende Antwort auf die Fragen der Entwicklungsländer, die sich im Prozeß einer einzigartigen Umwälzung befinden. Welt-historisch gesehen stellen Kapitalismus wie Bolschewismus bereits heute antiquierte Übergangsstrukturen dar, die unser Jahrhundert kaum lange überleben dürften. In dem Maße, in dem man hüben wie drüben den zeitlich wie räumlich begrenzten, unvollkommenen und vorübergehenden Charakter der jeweiligen Gesellschaftsordnung zu erkennen beginnt, muß die Kompromißbereitschaft wachsen — und damit die Chance eines echten Gesprächs.

## V

Und damit wären wir bei der Möglichkeit des Dialogs zwischen West und Ost. Sicherlich . kann keine der großen Weltanschauungen vor der anderen einfach kapitulieren. Dennoch sollten sie immer mehr lernen, friedlich miteinander zu konkurrieren und echte Kompromisse zu schließen. Verstehen und Toleranz, Gespräch und Dialog zwischen den Repräsentanten der verschiedensten Lager werden immer mehr zur Voraussetzung jedweden lebenswerten Lebens, ja sogar zur *conditio sine qua non* des Überlebens der Menschheit. Nur das hatte ich im Sinne, als ich eines meiner Bücher „Eine Welt oder keine?“ betitelte.

Eine solche friedliche Auseinandersetzung kann sogar einsetzen, bevor eine volle Übereinstimmung in bezug auf die Werte Frieden, Freiheit, Menschlichkeit usw. erzielt worden ist. Überall — etwa in den zahlreichen Erklärungen der Vereinten Nationen — scheint sich nun die ganze Welt zu diesen Grundwerten zu bekennen.

Täuschen wir uns aber doch nicht: Wenn heute Staatsmänner und Politiker stets von Zusammenarbeit und Frieden, von Freiheit und Gerechtigkeit, vom Menschen und von der Menschlichkeit reden, so liegt hier doch oft nur eine rein verbale Übereinstimmung vor. Diese recht allgemeinen und vagen Begriffe vermögen auch nicht als eindeutige Richtlinien politischen Handelns zu dienen. Den gleichen Worten werden nämlich sehr verschiedene Inhalte zugrunde gelegt. Und selbst dort, wo man wirklich aufrichtig ein gemeinsames Ziel, zum Beispiel das des Friedens, anstrebt, streitet man sich über Mittel und Methode, Weg und Vorgehen.

So bedauerlich das ist, schließt dennoch selbst das Bestehen fundamentaler Unterschiede das Gespräch nicht aus. Eine absolut unabdingbare Mindest Voraussetzung muß allerdings erfüllt sein: Ich meine die gemeinsame Sprache. Auf die Bedeutung der Sprache und des Wortes für die menschliche Kultur hat ja *Thomas Mann* immer wieder hingewiesen. Die kulturvernichtende Unmenschlichkeit ist in ihren extremsten Äußerungen nicht zufällig im wahrsten Sinne des Wortes *unaussprechlich*. Die Einzelheiten eines Hitlerschen oder Stalinschen Terrorsystems können ebensowenig offen ausgesprochen werden wie die Details der Intervention in Vietnam oder die eines globalen und atomaren Krieges. Terror und Krieg basieren auf Verschweigen und Verhüllen, Doppelzüngigkeit und Heuchelei, auf dem Tabu und der Propaganda. Darum heißt nicht zufällig in Orwells „1984“ das Kriegsministerium „Friedensministerium“, das Ministerium des Terrors „Ministerium der Liebe“, das Ministerium der Propaganda „Wahrheitsministerium“.

Kommunikation zwischen den Menschen setzt dagegen das Aussprechen dessen, was ist, die Möglichkeit der Übersetzung einer Sprache in die andere, das Streben nach Wahrheit voraus. Gewaltlosigkeit heißt nicht nur Eliminierung des Krieges, sondern auch *Eliminierung des psychischen Terrors*. Nicht zufällig spielt bei *Gandhi* die Wahrhaftigkeit eine entscheidende Rolle. Mit Recht verwirft *Emil Brunner* die Lüge als „geistige Dorfbrunnenvergiftung“; sie ist „eine so fundamentale Störung der Gemeinschaft, weil durch sie das Mittel der Gemeinschaftsstiftung, die Rede, verfälscht wird“. Die totale Lügenhaftigkeit zerstört alles — auch sich selber. Das wußten schon die alten Griechen, als sie entdeckten, daß niemand sagen kann: Alle Menschen sind Lügner. Dies bleibt wahr trotz aller Problematik jedes Wahrheitsbegriffes, trotz aller Dialektik des Umschlags von These und Antithese. Auch die Dialektik kann sich nur aufbauen auf der einfachen Logik dessen, was *Kolakowski* die „elementaren Situationen“ genannt hat, denen gegenüber „die Taktik erlischt, d. h. an denen unser moralisches Verhalten ungeachtet der Umstände, unter denen sie eintreten, unverändert bleibt“.

Wenn wir sinnvoll miteinander reden wollen, wenn wir wirklich miteinander kommunizieren wollen, wenn wir auch nur feststellen wollen, daß wir *nicht* einig sind, so können wir das nur, wenn wir ein Mindestmaß an Gemeinsamkeit der Sprache und der Begriffe anerkennen und voraussetzen. Auch für den Pluralisten und Relativisten gibt es also zumindest *einen* Grund- oder Urwert für den Menschen und die Menschheit: den der Wahrheit.

Und damit sind wir wieder bei dem Problem Ideologie und Utopie. Gerade eine dynamische Gesellschaft und Kultur kann die Ideologie, die Utopie und die Gegenutopie nur mittels eines an der Zukunft orientierten Wahrheitsbegriffes überwinden. Sie wird sowohl die untheoretisch-impressionistische Verabsolutierung des Gegebenen und Partikularen wie auch die supertheoretisch-spekulative Hypostasierung des Gesollten und Totalen mittels eines institutionalisierten, geschlossenen Systems zu vermeiden suchen. Vor allem wird sie den Anspruch der Machthaber zurückweisen, im Namen der Institution darüber zu entscheiden, was falsch und was richtig ist, den Versuch der Herrscher, ihre Macht und die sie stützenden Dogmen jeder kritisch-rationalen



## GRUNDLAGEN DER FRIEDLICHEN KOEXISTENZ

Überprüfung zu entziehen. Eine „futurologische“ Haltung wird zwischen der Skylla eines empirischen Pragmatismus, der nur Vergangenheit und Gegenwart kennt, und der Charybdis eines dogmatischen Monismus, der die Zukunft als zur Disposition der Machthaber stehend interpretiert, ihren Weg suchen — im Wissen um die ganze Tragik der menschlichen Existenz in ihrer Gebrechlichkeit und Entfremdung, aber auch in der unbesiegbaren Hoffnung auf die Heilung und Humanisierung des Menschen. Ob die Schaffung solcher Bedingungen, die ein Fortbestehen der Menschheit und ihrer Kultur *garantieren*, möglich ist, weiß niemand: Es mag uns nie *gegeben* sein, eine total menschenwürdige Gesellschaft zu schaffen. *Aufgegeben* bleibt uns aber stets dieses Ziel. Und näherkommen können wir ihm nur, wenn wir uns in der Suche nach der Wahrheit zusammenschließen — über alle Grenzen der Länder und Lager hinweg.